№ 460. Beiblatt.

Volks-Zeitung.

Berlin.

Mittwoch, 1. Oktober.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

1902. — 50. Jahrgang.

Gratis-Beilage: „Gutenberg's Illustrirtes Sonntagsblatt."

Kommunales.

× **Mit den Finanzverhältnissen Berlins** beschäftigt sich ein Artikel der „Rhein.-Westf. Ztg.", der uns der Wiedergabe nicht unwerth erscheint. Das Blatt schreibt:

Ein kleiner niedlicher Pleitegeier schwebt über dem Rothen Hause in der Königstraße. Er ist nicht sehr bösartig anzuschauen, aber er ist da und verursacht ängstlichen Gemüthern bange Stunden. Zum ersten Mal nach langen Jahren schließt nämlich der Etat der Stadt Berlin statt mit dem gewohnten Ueberschuß von ein paar Millionen mit einem Verlustsaldo von rund 85 000 Mk. Das hat bei einem Jahresetat von mehr als 130 Millionen gewiß nicht viel zu bedeuten, so etwas kann in den besten Familien vorkommen und wäre an und für sich nicht viel mehr als ein neuer Beweis für das Bestehen einer starken wirthschaftlichen Depression, aber den Gebietern im Rothen Hause ist trotzdem nicht wohl, sie fürchten, es könnten Zweifel in der Bürgerschaft entstehen an dem Dogma von der Unfehlbarkeit und unanfechtbaren Vortrefflichkeit der Berliner Kommunalverwaltung. Das Defizit aus der Welt zu schaffen, wäre das nächstliegende Mittel eine kleine Erhöhung des kommunalen Steuerzuschlages, aber dazu scheint sich der Magistrat nicht verstehen zu wollen um seines guten Leumunds willen, am meisten aber, weil man befürchtet, daß eine dahin zielende Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung lange unliebsame Erörterungen über die städtische Finanzverwaltung herbeiführen könnte.

Es ist ein berechtigter Ehrgeiz jeder Stadtverwaltung, mit einem möglichst geringen kommunalen Steuerzuschlag auszukommen. Berlin erhebt 100 Prozent. Das ist nicht viel, wenn man z. B. an die Industriestädte des Westens denkt, wo 200 Prozent oder noch mehr der landesübliche Satz ist, aber die Leute, die nicht müde werden, den Ruhm der Berliner Kommunalverwaltung zu preisen, vergessen dabei vollständig, unter wie ganz anderen Bedingungen andere Gemeinden arbeiten müssen. Diese Städte haben keinen oder nur winzigen Fremdenverkehr, sie haben keine Pensionäre und steuerkräftige Rentiers, denn niemandem fällt es ein, sich in Essen, Bochum oder Gelsenkirchen niederzulassen, um dort seine Ruhejahre zu verleben. Vor allem aber ist das Verhältniß Berlins zum Staate und seinen Leistungen ein ganz anderes. Bewirbt sich eine Provinzialstadt um die Ehre, Sitz einer staatlichen Behörde zu werden, oder eine Garnison zu erhalten oder um einen neuen Bahnhof, so zeigt sich der Staat, um die Begehrlichkeit zu steigern, zunächst spröde und höchst abgeneigt, wird die Bewerbung dringender, dann werden die drückendsten Gegenleistungen verlangt, die den Kommunaletat natürlich stark belasten. Anders in Berlin. Hier erreichten Staat und Reich die prächtigsten Bauten für ihre Behörden ohne daß die Stadt nur einen Schilling oder theure Bauplätze herzugeben hätte. In ähnlicher, wenn auch nicht ganz so günstiger Lage befinden sich die Provinzial- und Regierungshauptstädte. Wäre Berlin gehalten, zu den vielen staatlichen Bauten und Anlagen nach einem ähnlichen Satze beizutragen wie die Provinzialstädte und namentlich gewisse Industrieorte, dann stände es um die Finanzen der Reichshauptstadt keineswegs so glänzend, jedenfalls wären nicht die reichen Mittel zu den vielen luxuriösen Brücken- und Schulbauten vorhanden. Wer das Kreuz hat, der segnet sich, und aus einem vollen Topfe läßt sich gut wirthschaften. Darin liegt aber kein besonderes Verdienst. Gewiß, es ziemt sich, daß die Hauptstadt des Deutschen Reiches ein repräsentationsfähiges Aeußere hat und anderen Städten mit gutem Beispiel vorangeht, wenn aber die hauptstädtische freisinnige Presse und die Berliner Bezirksvereinsweisheit immer wieder an der Hand der Steuersätze mit Emphase betont, einer wie einwandfreien und erleuchteten Kommunalverwaltung wir uns erfreuen, wie tadellos die kommunale Maschine arbeite und wie unerreichbar hoch die Einsicht des Magistrats throne, so kann man über solche Aufgeblasenheit nur lächeln. Die Berliner Stadtverwaltung ist nicht schlechter aber auch nicht besser als die unzähliger Provinzialstädte, und nur wem die Augen übergehen, wenn er liest, daß der Jahresverbrauch der städtischen Verwaltung an Tinte nach Hektolitern und an Stahlfedern nach Doppelwaggons sich berechnet, nur wer in ehrfurchtsvollem Staunen erschauert, wenn er hört, daß der Etat der Stadt Berlin größer ist als der des Königreichs Sachsen, nur jemand, der sich durch solche Aeußerlichkeiten blenden läßt, wird geneigt sein, im „Rothen Hause" den Sitz aller kommunalen Weisheit und Unübertrefflichkeit zu verehren.

An eine so außerordentliche Weisheit können wir nicht glauben. Das Kennzeichen besonderer Verwaltungskunst ist nicht darin zu suchen, daß man mit dem Vorhandenen auskommt oder daß man die Bedürfnisse für das kommende Jahr auf Heller und Pfennig vorausberechnet, sondern darin, daß man den Blick weiter spannt und in Zeiten der Wohlfahrt und des Gedeihens mit der Wahrscheinlichkeit zu Gewitzheit rechnet, daß auf die fetten Jahre magere folgen werden, eine Kunst, die bekanntlich schon im ersten Buche Moses an dem Beispiel Josephs gelehrt wird. Die Berliner Stadtverwaltung hat die letzte Periode wirthschaftlicher Wohlfahrt vorübergehen lassen, ohne sich große Sorgen um eine ferner liegende Zukunft zu machen. Anstatt die Ueberschüsse zu thesauriren, hat sie im Automobiltempo prunkvolle Brücken gebaut und das Geld mit vollen Händen ausgegeben. Jetzt fürchtet man sich vor einer Wiederholung der Kommunalsteuer, obwohl man mit Recht annimmt, daß auch die nächsten Jahre keine Ueberschüsse bringen werden. Man fürchtet sich auch aus Eitelkeit, denn sobald mehr als 100 Proz. erhoben werden, müßte der Etat dem Finanzminister zur Genehmigung eingereicht werden, und einer solchen Blamage möchte man gern aus dem Wege gehen.

Wie schon bemerkt, fällt das kleine Defizit an sich kaum ins Gewicht, es kann leicht durch Zurückstellung irgend einer Position im laufenden Etat ausgeglichen werden, aber es ist eine heilsame Lehre für jene Freisinnshelden, die immer wieder behaupten, an dem Beispiel der Berliner Kommune könne man sehen, was eine im freisinnigen Geiste geleitete Verwaltung zu leisten vermöge. Jetzt kommt es heraus: die Berliner Stadtverwaltung hat den elementaren Grundsatz jedes Hausvaters nicht befolgt, der lautet: spare in der Zeit, so hast du in der Noth. Sie hat darin also keinerlei Vorsprung vor jeder mit einiger Voraussicht geleiteten Provinzialstadt.

Es ist ein Korn Wahrheit in diesen Bemerkungen, soweit sie sich auf den Mangel einer in die Zukunft reichenden Sparsamkeit und Voraussicht beziehen. Auch insofern hat das Blatt nicht Unrecht, als es thatsächlich noch immer in weiten Kreisen des Bürgerthums Glaubensatz ist, daß in der Berliner Stadtverwaltung Alles durchaus mustergiltig und vollendet sei. Dieser Glaubenssatz wird von gewissen Stadtverordneten in regelmäßiger Wiederkehr im Stadtparlament selbst wie in den Bezirksvereinen unentwegt vertreten. Wir unserseits dürfen bemerken, daß die „Volks-Zeitung" dieser verhängnißvollen Selbstzufriedenheit Jahr aus Jahr ein mit der nöthigen Schärfe entgegengetreten ist. Wir haben dieses Ausruhen auf mehr oder minder vergilbten Lorbeern sehr häufig als das schwerste Hinderniß eines stetigen Fortschreitens gebrandmarkt, auf dem Gebiete der Schule, wie des Verkehrswesens, wie der Verkehrspolitik, wie der Finanzwirthschaft. Eben deswegen haben wir Unbefangenheit genug, dem Artikel der „Rhein.-Westf. Ztg." einen belehrenden Werth nicht ganz abzusprechen. Daß es, wenn der Magistrat den ernsten Willen hat, mehr als 100 Pct. an Kommunalsteuern nicht zu erheben, an Mitteln nicht fehlt, trotzdem den Etat in der Waage zu halten, haben wir schon früher angedeutet.

× **Rummelsburg gegen Berlin.** Seit länger als Jahresfrist schwebt eine Klage der Gemeinde Rummelsburg gegen den Berliner Magistrat wegen der Pflasterung verschiedener Rummelsburger Straßen. Dem Magistrat gehört bekanntlich weit über die Hälfte des noch unbebauten Rummelsburger Geländes. Während in Rummelsburg-Boxhagen in den letzten Jahren eine überaus rege Bauthätigkeit herrschte, blieben zwischen den neuerstandenen Straßen die Terrains des Berliner Magistrats brach liegen und behinderten theilweise die baulich Entwickelung des Ortes. Um den Magistrat zu veranlassen, seine Grundstücke, soweit sie nicht zur Erweiterung der städtischen Anlagen in Rummelsburg gebraucht werden, zu verkaufen und die Gemeinde dauernd vor Schaden zu bewahren, fordert Rummelsburg von Berlin einen Beitrag zu den Kosten der Straßenregulirung und Pflasterung. Berlin lehnt jedoch jede Zahlung ab; der Magistrat meint, zur Beitragsleistung erst nach Bebauung der Grundstücke verpflichtet zu sein. Rummelsburg hat daraufhin, soweit die Haftpflicht in Frage kommt, an welcher der Magistrat Grundstücke mit großer Straßenfront hat, Klage angestrengt. Die übrigen Straßen werden vorerhand auf Kosten der Grundbesitzer, die hier bauen wollen, und der Gemeinde gepflastert.

Lokales.

† **Der Hamburger Parteitag im fortschrittlichen Verein Waldeck.** Am Dienstag Abend kam es im Verein Waldeck, der in der neuen Philharmonie tagte, zu heftigen Auseinandersetzungen über den Hamburger Parteitag. Schriftsteller Schöler referirte über den Verlauf des Parteitages und suchte den dort gefaßten Ausschluß der Oeffentlichkeit, als „im Interesse der Partei liegend", zu vertheidigen. Er machte hierzu folgende Ausführungen: Unsere Parteitage sind „vertrauliche Zusammenkünfte", um durch Aussprache und Belehrung sich gegenseitig zu verständigen. Daß in Hamburg Parteigenossen, auch wenn sie von Delegirten legitimirt waren, zu den Berathungen nicht zugelassen wurden, geschah im Hinblick auf § 7 der Geschäftsordnung. Würde die Zulassung von der Legitimation der Delegirten oder anderer Parteigenossen abhängig gemacht, so könnten leicht Hunderte zum Parteitage strömen, „was vermieden werden müsse". — In der Debatte wurden diese Ausführungen scharf bekämpft. Herr Mendelsohn betonte, daß dem Delegirten seines Wahlkreises die Meinung mit auf den Weg gegeben sei, für volle Oeffentlichkeit der Verhandlungen einzutreten. Es sei endlich Zeit, das spitze Delegirtensystem führt den Haufen zu werfen. Statt daß wie bisher, stets die Vorstände der einzelnen Wahlkreise als geborene Delegirte zu den Parteitagen entsandt würden, hätten die Delegirten aus den Wahlversammlungen hervorzugehen. Die Wähler ließen sich künftig ihn solche Bevormundung nicht mehr gefallen, weil sie nicht lediglich als Schlepper bei Wahlen dienen wollten. Unangenehm habe es auch in weiten Parteikreisen berührt, daß man in Hamburg zu schroff gegen die Sozialdemokratie vorgegangen sei. Man hätte sollen nach einer Mittellinie suchen, die es ermögliche bei Wahlen unter Umständen mit der Sozialdemokratie Hand in Hand zu gehen. Wenn von der freisinnigen Volkspartei immer darüber geklagt werde, daß zu wenig Geld für Parteizwecke eingehe, so liege das an der großen Unzufriedenheit der Wählerschaft. Herr Trüger kritisirte scharf das Führerwesen in der Partei. Auch er trat energisch dafür ein, daß die Delegirten zum Parteitage von öffentlichen Wahlversammlungen zu ernennen seien. In diesem Sinne seien im zweiten und dritten Berliner Reichstagswahlkreise wiederholt Beschlüsse gefaßt, die aber die Parteileitung einfach ignorirt habe. Wenn man aber die Wählerschaft bei wichtigen Anlässen immer übergeht, braucht man sich nicht zu wundern, wenn bei den Wahlen nicht alles klappt. Unbedingt müsse daran festgehalten werden, daß Anträge zu den Parteitagen frühzeitig veröffentlicht und zur Diskussion gestellt würden. Der Redner trat dann mit großer Schärfe noch dafür ein, daß die freisinnige Volkspartei den Arbeiterverhältnissen mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit schenken müsse. — Darauf wird er vorläufig leider noch lange warten müssen.

† **Die Bäcker gegen den Milchring.** Zum Milchkriege erklärt der Obermeister Gemeinhardt von der Berliner Bäcker-Innung „Konkordia" einen Aufruf an die Innungsmitglieder, worin er sie auffordert, den außerhalb des Ringes stehenden Großlieferanten-Händlern-Rauen, der als Mitkämpfer der Milchkommanditen im verflossenen Jahre 38 000 Mark zugelegt haben soll, zu unterstützen. Die Bäcker Berlins hätten alle Ursache, die Milchhändler in ihrem Kampfe gegen die agrarischen Monopolgelüste zu fördern, da die Losung der Händler „Weg mit dem Zwischenhandel!" auch die Bäcker wie die Schlächter mit der Vernichtung ihrer Existenz bedrohe. (Spät kommt die Erkenntniß, aber sie kommt.) — Auch verschiedene größere Beamtenvereinigungen sind mit den Milchhändlern wegen Lieferung ringfreier Milch in Unterhandlung getreten.

† **In der öffentlichen Versammlung der Gewerkschaft der Metallarbeiter,** über die wir im Morgenblatte vom 27. September berichtet haben, war vom Referenten betont worden, die Große Berliner Straßenbahn habe ältere verdiente Arbeiter entlassen, weil sie für die Organisation in maßvoller Weise eingetreten seien. Gegenüber dieser Mittheilung schreibt nun die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn:

„Zu dem in Ihrem geschätzten Blatte am 27. September enthaltenen Versammlungsbericht: „Die Arbeitermaßregelungen der „Großen" bemerken wir ergebenst, daß wir aus uns Angehörigkeit oder Nichtangehörigkeit unserer Arbeiter zu einer Organisation irgend welcher Art niemals gekümmert und daher darauf auch niemals einen Grund zu Maßregelungen hergeleitet haben. Im letzten Vierteljahre wurden in unserer Hauptwerkstätte von 670 Arbeitern im Ganzen nur vierzehn entlassen. Die Ursachen waren derartige, daß in weiteres Verbleiben der Betreffenden in unseren Diensten unmöglich erschien, z. B. wiederholtes unentschuldigtes Fehlen und Trägheit, Unverträglichkeit, Trunkenheit, Fälschung von Attesten, verschiedene grobe Fahrlässigkeiten bei der Arbeit, Ungehorsam und Widersetzlichkeit gegen Meister und Vorarbeiter.

Mit der in der Versammlung ausgesprochenen Absicht, jeden weiteren Fall einer Maßregelung von Arbeitern der Oeffentlichkeit zu unterbreiten, können wir uns nur einverstanden erklären, wenn die zu Grunde liegenden Thatsachen wahrheitsgemäß mitgetheilt werden. Zu weiteren Erörterungen unsererseits liegt kein Anlaß vor, da wir auch in der Folge an den Eingangs bezeichneten Grundsätzen festhalten werden.

Die Direktion (gez.) Dr. Micke."

Das Rauchgespenst in unseren vier Wänden.

Es gehen alljährlich so und so viele Menschen an Kohlengasvergiftung zu Grunde. Die Zahl hat sich vermindert dank der Fürsorge, die man auf die Erforschung und Bekämpfung der Gefahr mehr und mehr verwandt hat. Immerhin sind die Fälle von Erstickung aus dieser Ursache noch immer häufig genug, doch ist ihr Vorkommen gewöhnlich nicht gerade alarmirend. Wenn nun aber ein Mann wie Emile Zola das Opfer eines gemeinen Stubenofens wird, der bei der nöthigen Rücksicht der Behörden vielleicht längst auf Grund einer allgemein giltigen Vorschrift hätte verbessert sein können, so legt sich Jedermann mehr als sonst die Frage vor, ob er nicht vielleicht auch täglich unter der gleichen Lebensgefahr stehe. Von den neuesten Häusern in den Großstädten verlangt man allerdings einen vollkommen tadellosen Zustand in Bezug auf die Heizung, und diese Erwartung wird wohl auch in allen Fällen erfüllt. Aber unter solchen Verhältnissen leben doch nur die Paar oberen Zehntausende, für deren Lebenssicherheit doch nicht aus dem Grunde mehr gesichten sollte, weil sie mehr Geld für ihre Wohnung ausgeben können. In den älteren Häusern liegt es aber vielfach mit der Heizung noch immer im argen, und die Wohnungen, in denen niemals ein Ofen raucht, gehören in kleineren Ortschaften und in älteren oder weniger eleganten Häusern der Großstädte noch immer zu den Seltenheiten. Der hervorragendste Sachverständige auf diesem Gebiet, Hofrath Meidinger in Karlsruhe, hat ein halbes Leben darauf verwandt, die Mißstände der verschiedenen häuslichen Heizungsanlagen zu untersuchen und nach den Mitteln zur Abhilfe zu forschen. Er hat auch in einem Aufsatz, den er uns zugestellt hat, in klarster Form den Grund nachgewiesen, weshalb die Heizungsanlagen in den Wohnhäusern noch immer an so vielen Mißständen zu leiden haben. Das Rauchen der häuslichen Oefen und Herde kann sehr verschiedene Ursachen haben, unter denen hauptsächlich zu nennen sind die Witterung, der Bau des Kamins, der Zustand des Ofens oder Herdes selbst nebst dem des Rauchrohrs. Ueber den Einfluß der Witterung bestehen fast allgemein irrige Vorstellungen. So ist die Annahme, daß die auf den Schornsteinen scheinende Sonne oder der Nebel von Einfluß auf das Rauchen der Oefen sei durchaus unrichtig. Wenn beim Feueranmachen Rauch aus dem Ofen tritt, so liegt der Grund meist im mangelnden Zug innerhalb des Kamins. Gewöhnlich zeigt sich die Erscheinung bei windstillem und mildem Wetter, bei Kochherden namentlich im Sommer, wenn die Luft im Salon kälter ist als draußen. Je seltener geheizt wird, desto eher kann dieser Zustand eintreten. Die schnellste Abhilfe verschafft ein Feuer aus feinen gespaltenen Holzstücken in dem kurzen in den Kamin führenden Kanal, das nur kurze Zeit unterhalten zu werden braucht. Von besonderer Wirkung kann selbstverständlich der Wind sein, wobei alles auf die Art der Ausmündung des Schornsteins ankommt. Bei steilen Dächern muß dessen Oeffnung über der Dachfirst liegen. Sodann darf sich der innere Querschnitt des Kamins nach oben hin nicht verengern. Daß keine seitlichen Löcher vorhanden sein dürfen, in die der Wind unmittelbar eintreten kann, braucht nicht erst gesagt zu werden. Die drehbaren Schornsteinaufsätze verwirft Meidinger durchaus. Ist das Haus von höheren Gebäuden umgeben, so daß also der Wind leicht von oben her die Oeffnung des Schornsteins trifft, so muß letztere durch eine Blechplatte überdeckt werden, für deren Anbringung Meidinger genaue Anweisung ertheilt. Mit Rücksicht auf die Anlage des Kamins ist hauptsächlich zu tadeln, daß sehr häufig für mehrere Stockwerke eines Hauses nur ein Kamin vorhanden ist. In Wien ist diese Anordnung bereits verboten, in Deutschland aber unseres Wissens noch in keiner einzigen Stadt. Der dadurch erzeugte Uebelstand liegt darin, daß die Heizung in jedem Stockwerk durch diejenige in den anderen Stockwerken in Mitleidenschaft gezogen wird. Verengert sich der gemeinsame Kamin gar noch nach oben hin, so kann es sehr wohl vorkommen, daß aus einem gar nicht geheizten Ofen eines oberen Stockwerks Rauchmassen austreten, wenn unten irgendwo geheizt wird. Zuweilen kann wirkliche Abhilfe nur durch einen Umbau des Kamins geschaffen werden, im andern Falle ist wenigstens eine Verständigung zwischen den Bewohnern der einzelnen Stockwerke nothwendig. Hierzu ist vor allem, daß die Feuerungsthüren während des Heizens nur wenig geöffnet werden und beim Nichtheizen vollständig geschlossen bleiben. Die Putzthüren des Kamins müssen selbstverständlich immer geschlossen sein. Wenn in der im Keller befindlichen Waschküche die Kesselfeuerung geheizt wird, so dürfen niemals die Putzthüren zur Abführung der Wasserdämpfe durch den Kamin nach außen geöffnet werden; das nutzt einmal wenig und führt leicht zum Rauchen von Oefen an anderen Stellen des Hauses. Bei Unterbrechung der Wäscherei sind die Feuerungsthüren sofort zu schließen. Bei den Kochherden ist noch mehr als bei den Zimmeröfen auf häufige sorgfältige Reinigung zu achten. Die Abgasröhren müssen leicht zugänglich sein, und nöthigenfalls muß die Köchin selbst das Putzen vornehmen können. Diese Nothwendigkeit hängt damit zusammen, daß für die Herdheizung hauptsächlich flammende Brennstoffe angewandt werden, die mehr Ruß und lockere Asche geben. Ist es unsicher, ob im Herd der nöthige Zug herrscht, so sollte vor dessen Heizung an die wenig geöffnete Feuerthüre ein brennendes Licht gehalten werden. Wird die Flamme nach außen gebogen, so fehlt es an Zug. Ein schwaches Holzfeuer im Kamin selbst kann rasch Abhilfe gewähren. Am wirksamsten ist es, wenn es in der unteren Mündung des Kamins selbst angezündet werden kann. Von den Stubenöfen gilt im Allgemeinen dasselbe wie vom Kochherd. Bei der Anwendung von Anthracit ist namentlich zu beachten, daß dieser Brennstoff Salzdämpfe abgiebt, deren Niederschlag das Abgasrohr ganz verstopfen kann. Ein starkes Holzfeuer macht das Rohr wieder frei. Ein Nachfüllen von Brennstoffen soll immer möglichst rasch geschehen. Bei Oeffnung der Feuerthür ist die tiefer angebrachte Aschenthür zu schließen. Die Gefährlichkeit von Klappen im Rauchrohr ist unendlich oft schon erwähnt worden, und glücklicherweise sind sie wenigstens in den größeren Städten durch allgemeine Verordnung verboten. Die Dichtung der Kachelöfen muß zeitweilig nachgesehen und nöthigenfalls ergänzt werden. Will man die Summe aus diesen wichtigen Ausführungen ziehen, so ergiebt sich in erster Linie als dringend wünschenswerth die Beseitigung der gemeinsamen Kamine für mehrere Stockwerke desselben Hauses. Was die Bauordnung in Wien erreicht hat, sollte für andere Städte vorbildlich werden, nämlich die Anlage besonderer Kamine für jedes Stock eines Gebäudes.

Klingers Beethoven wird nach Schluß der Düsseldorfer Ausstellung im Berliner Kunstsalon von Keller u. Reiner zur Ausstellung gelangen.

Massenet's neue Oper „Der Gaukler unserer lieben Frau", die soeben mit großem Erfolg am Hamburger Stadttheater erstmalig aufgeführt wurde, ist bereits — wie der Verlag Ahn in Köln mittheilt — vom Hoftheater in Darmstadt und von den Stadttheatern in Köln, Leipzig und Elberfeld angenommen worden. Im Ahn'schen Verlag erscheint auch das Ballet Javotte von Saint-Saëns, das in allernächster Zeit am Berliner Opernhaus in Szene gehen wird.

Ein Kossuth-Denkmal wurde unter großer Betheiligung zu Cleveland (Ohio) enthüllt. Der Senator Hanna und andere Politiker von Bedeutung feierten den ungarischen Patrioten in begeisterungsvollen Reden.

Heiteres.

Das eingegangene Echo. Tourist: Wenn ich mich recht entsinne, so bekand sich doch früher an dieser Stelle ein Echo?

Oberkellner: Allerdings. Aber das haben wir eingehen lassen! Es kommen nämlich seit den letzten Jahren so viele Engländer und Franzosen zu uns her und diese Sprachen spricht unser Hauskoecht nicht!

Bescheidene Bitte der Schmiere. In dem morgigen Stück „Moderne Ritter" hat im dritten Akte die beim Helden veranstaltete Abendgesellschaft Bratwürste zu verzehren. An die geehrten Bewohner von Düsselheim richte ich daher die ergebenste Bitte, aus Liebe zur Kunst ein Schwein mittlerer Größe dazu stiften zu wollen.

Schwarzkopf, Direktor.

Wir haben uns durch Einsichtnahme in die einschlägigen Akten davon überzeugt, daß die hier angeführten Gründe der Entlassung thatsächlich ausschlaggebend gewesen sind.

† **Mit lobenswerther Geistesgegenwart** handelte der bei der Großen Berliner Straßenbahn angestellte Straßenbahnfahrer Strese, der den Motorwagen 2343 der Ringbahnlinie führte und durch sein entschlossenes und muthiges Handeln eine schwere Straßenbahnkatastrophe verhütete. St. hielt mit seinem Wagen an der Köpenicker Brücke, als auf dem an dieser Stelle etwas abschüssigen Straßenzuge ein vollbeladener zweispänniger Speditionswagen in schärfster Gangart, auf dem Geleise fahrend, heruntergesaust kam. Vergeblich gab der Fahrer das Warnungssignal, winkte der an der Köpenicker Brücke stehende Schutzmann dem Speditions-Kutscher zu, unaufhaltsam sauste das Gefährt auf den Straßenbahnwagen los, auf dessen Vorderplattform neben dem Fahrer St. noch sechs Passagiere standen. Diese befanden sich in größter Lebensgefahr. Kurz entschlossen riß der Straßenbahn-Beamte die stets verschlossen gehaltene Vorderthür des Waggons auf und schob die Passagiere durch diese in das Wagen-Innere; kaum hatte er den letzten in Sicherheit gebracht, als der Zusammenstoß erfolgte. Durch die Deichselstange des Speditionswagens wurde der Holzrahmen des Perrons abgerissen, zurückgeschleudert und traf St., der nun im Begriff war, sich selbst zu retten, in den Rücken. Die Plattform-Wand wurde umgebogen, und die Pferde stürzten auf den Perron. Sogar die kräftigen Eisenpfeiler wurden verbogen, und der Kontroller des Waggons abgerissen. Nur der Geistesgegenwart St.'s ist es zu verdanken, daß Personen nicht zu Schaden kamen; denn nur einige Sekunden Verzögerung und die auf dem Vorderperron stehenden Passagiere wären zweifellos unter den Holztrümmern und stürzenden Pferden begraben worden. Der Motorwagen mußte natürlich sofort aus dem Betriebe gezogen werden.

† **Eine Dunggrube „Unter den Linden".** Zur schnellen Beseitigung des Pferdedungs von den Straßendämmen ist jetzt auf der Südseite „der Linden" eine Einrichtung geschaffen worden, welche diese für die Straßenreinigung wichtige Frage besser lösen soll als die jetzt im Gebrauch befindlichen Sammelkästen. Man hat gegenüber dem Hause Nr. 11 auf dem vom Fahrdamm zur Mittelpromenade führenden Uebergangswege eine große Dunggrube in der Weise angelegt, daß ein etwa 1½ m breiter und 1½ m langer eiserner Kasten in das Erdreich hineingelassen worden ist, der an der Oberseite zwei Klappen zum Hineinschütten des Pferdedungs enthält. — Ob diese Dungsammelstelle sich nicht unangenehm bemerkbar machen wird?

† **Das große Versuchsbecken der hydrologischen Versuchsanstalt** auf der Schleuseninsel im Landwehrkanal ist vor Kurzem vollendet worden und wird jetzt mit einer massiven Halle überdacht. Das Versuchsbecken ist etwa 150 m lang; es hat in der Mitte eine Wassertiefe von 3,5 m. Die untere Wasserspiegelbreite beträgt 7,5 m, die obere 10,5 m. Außer dem fließenden Wasser des Landwehrkanals steht auch noch Quellwasser zur Verfügung. Die Anstalt ist für praktische und theoretische Versuche auf dem Gebiete des Wasserbaues, der Wasserversorgung und Entwässerung bestimmt. Sie wird den Versuchsarbeiten der preußischen Bau- und Meliorationsverwaltung, sowie dem Unterricht der Technischen Hochschule im Wasserbau und Schiffsbau dienen. Außerdem wird sie alljährlich drei Monate von der deutschen Reichsmarine benutzt werden und auch Privatleuten oder Vereinen nach Möglichkeit für Untersuchungen vorbemerkter Art zur Verfügung stehen.

† **Obdachlos.** In eine unangenehme Lage geriethen die Miether des neuerbauten Hauses Stolpeckstraße 61, die gestern und heute dort zuziehen wollten. Wider Erwarten hatte die polizeiliche Abnahme noch nicht stattgefunden, und eine Schutzmannspatrouille war vor dem Hauseingange aufgestellt, um das Abladen der Möbelstücke und Hineinbringen zu verhindern. Da die zahlreichen Miether nicht in der Lage waren, sich sofort anderweitig Wohnung zu verschaffen, sie ebenso wenig nach ihren alten Behausungen zurückkehren konnten, so geriethen sie in eine recht unangenehme Situation. Ein Unternehmer, der gegenüber dem gesperrten Hause ein Haus im Rohbau vollendet hat, gestattete die Unterbringung des Mobiliars verschiedener Parteien in den noch nicht geputzten Räumen des Neubaues, während die Miether selbst bei Bekannten oder im Asyl Unterkunft suchen mußten. Auch ein in der Nähe wohnender Gastwirth erklärte sich bereit, zwei Familien mit der Wohnungseinrichtung in den Nebenräumen seines Lokals provisorisch zu beherbergen.

† **Zu einer Trauerkundgebung für Zola** kam es gestern Abend in einem, zumeist von besserem Familienpublikum besuchten Spezialitätentheater des Zentrums. Als ein dort engagirter Mimiker in der täuschend ähnlichen Maske Emile Zola's auftrat und sich mit den Worten einführte, „der soeben verstorbene große Dichter, der muthige Kämpfer für Wahrheit und Recht", durchdrauste ein Beifallssturm den Zuschauerraum. Das Publikum erhob sich von den Plätzen, der Künstler mußte die Nummer dreimal wiederholen und wurde immer wieder mit stürmischem Beifall aufgenommen. Es dauerte eine geraume Weile, bis die unvorbereitete Ehrung des dahingeschiedenen Zola verklungen war und die Vorstellung fortgesetzt werden konnte.

† **Falsche Zehnmarkstücke** scheinen neuerdings in großer Menge in den Verkehr gebracht worden zu sein, denn es ist gelungen, mehrere dieser Falsifikate anzuhalten. Sie zeigen eine sehr sorgfältige Prägung und stimmen auch im Gewicht mit den echten Kronen ziemlich überein. Als Münzzeichen tragen sie den Buchstaben B und die Jahreszahl 1872. Anscheinend sind die Falsifikate aus einer Nickellegirung hergestellt und mit einem schwachen Goldüberzuge versehen, denn dieser läßt sich durch einigermaßen festes Reiben von der Münze entfernen, so daß der weiße Untergrund sichtbar wird.

† **Verschwundener Töpfermeister.** Das Opfer eines Verbrechens oder eines Unfalls ist muthmaßlich der Töpfermeister Eckert aus Staaken bei Spandau auf einer Reise nach Berlin geworden. Er fuhr vor 6 Wochen nach der Reichshauptstadt, um für sein Geschäft Einkäufe zu machen. Er ist auch bei seinen Lieferanten gewesen und hat Zahlungen im Betrage von mehreren Hundert Mark geleistet; seitdem ist er aber spurlos verschwunden. Eckert, der Frau und Kind hat, betrieb ein einträgliches Geschäft und war ein ordentlicher, nüchterner Mann. Alle Nachforschungen nach seinem Verbleib sind erfolglos geblieben. Die Ehefrau setzt das Geschäft unter Leitung eines Werkführers fort.

† **Auf einen Zaunpfahl aufgespießt** wurde gestern die zehn Jahre alte Tochter Martha des Sattlers Pfeiter aus der Schönhauser Allee 51. Das Kind lief auf dem Mauerfuß des eisernen Gartenzaunes entlang, glitt ab und spießte sich mit der Achselhöhle auf die Spitze eines Pfahles auf. Leute, die auf ihr Hilfegeschrei herbeieilten, befreiten sie mit Mühe aus ihrer fürchterlichen Lage, da das Eisen in die Weichtheile tief eingedrungen war. Die Verunglückte wurde nach der Charité gebracht.

† **Straßenunfälle.** Ueberfahren und getödtet wurde gestern Nachmittag um 5 Uhr die 59 Jahre alte Wittwe Auguste Geblich, geb. Berger, aus der Weberstraße 11. Frau Geblich, die schwerhörig war, wollte einkaufen gehen und vor ihrem Hause den Fahrdamm überschreiten. Der Kutscher eines Möbelwagens, der von der Frankfurterstraße kam und andere Leute riefen ihr warnend zu, sie hörte es aber nicht und kam unter den Wagen. Die Räder gingen ihr über Brust, Hals und Kopf und verletzten sie so schwer, daß sie nach zehn Minuten auf dem Hausflur unter den Händen eines Arztes starb. — Der 41 Jahre alte Maurer Thomas Mugawa aus der Fruchtstraße 27 gerieth vor dem Hause Grüner Weg 52 unter einen Dollwagen, weil er ebenfalls die Warnungen des Kutschers überhörte. Obwohl der Kutscher nach Kräften die Pferde anhielt, so ging dem Verunglückten doch das linke Vorderrad über die rechte Kopfseite und das rechte Bein, das einen schweren Bruch erlitt. M. wurde von der Rettungswache in der Frankfurter Allee nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. — Die 6jährige Ella Heide aus der Stargarderstraße, die in der Schönhauser Allee auf dem Fahrdamm spielte, wurde von einem Radler überfahren und erlitt einen Bruch des linken Unterschenkels und schwere Kopfverletzungen. Sie wurde nach der Charité gebracht werden. — Der Kutscher Karl Wegener aus der Dronthemerstraße 3a fiel von einem mit Leitergerüsten beladenen Wagen, als die Pferde unvermuthet anzogen, während er noch auf der Ladung zu thun hatte. Er wurde überfahren und erlitt einen Schädelbruch. Die Unfallstation brachte den Verunglückten in ein Krankenhaus.

† **Feuerbericht.** Wegen eines Kellerbrandes wurde die Feuerwehr in der letzten Nacht nach der Wallstraße 65B gerufen. Es gelang, die Flammen auf ihren Herd zu beschränken. Etwas später brannte in der Mantenffelstr. 64 ein Schornstein und heute früh am Elisabethufer 46 Müll u. a. In der Grenadierstraße 5 war durch Entflammung von Petroleum Feuer ausgekommen, wobei Möbel u. a. verbrannten. Ferner mußten Brände in der Stralauerstraße 26 und Friedrichstraße 87 gelöscht werden, wo Fußböden u. a. in Brand geraten waren. Am Georgenkirchplatz 34 brannte außerdem noch Schwefel u. a. in einem Keller.

Aus den Vororten.

†† **Der Streit um die Reste.** Wir haben schon mehrfach über die Zeitungs-Tragikomödie berichtet, die sich jetzt in Charlottenburg abspielt. Die konservative „Bürgerzeitung" war im September eingegangen und hatte „alle ihre Rechte" an die Ströhler-Buka'sche neugegründete „Tageszeitung" abgetreten, die sich selbst als gemäßigt-liberal bezeichnet, indessen nichts anders als ein Organ der konservativ-antisemitisch-nationalliberalen „unpolitischen" Stadtverordneten-Fraktionen ist. Stadtv. Oberstleutnant a. D. Knak, der Führer der Charlottenburger Konservativen, drohte darauf seinem bisherigen Freunde, dem Stadtverordneten-Vorsteher Ströhler, er werde die — übrigens recht wenigen — Leser der früheren „Bürgerzeitung" durch Herausgabe eines neuen konservativen Blattes zu sammeln suchen, da doch die „Bürgerzeitung" nicht das Recht gehabt habe, auch ihre Abonnenten an die Herren Ströhler und Buka zu verkaufen. Dieser Streit um die schönen Reste der eingegangenen konservativen Zeitung nimmt munter seinen Fortgang. Hierüber wird uns aus Charlottenburg geschrieben: Oberstleutnant Knak hat inzwischen seine Drohungen mit Hilfe von Mitgliedern des konservativen Vereins verwirklicht und läßt seit dem heutigen Tage ein Blatt unter dem Titel „Charlottenburger Nachrichten, Organ der königstreuen Bürger Charlottenburgs und Umgegend" erscheinen, das sich als eines der kleinen antisemitischen Hetzblätter präsentirt. Besonders schmerzlich wird es für die Herren Ströhler, Buka und Genossen sein, daß ihnen von ihren bisherigen Verbündeten kurzerhand die „Königstreue" abgesprochen wird und daß die Leser des konservativen Blattes vor Leuten gewarnt werden, die das kommunale Wohl persönlichen Interessen unterzuordnen, bezw. dem Ehrgeiz Einzelner zu opfern bemüht seien. Als bezeichnend für gewisse Verhältnisse mag noch hervorgehoben werden, daß das neue konservativ-antisemitische Blatt in der Offizin des Stadtraths Getz hergestellt wird, der mit Schluß dieses Jahres aus dem Magistratskollegium ausscheiden wird, weil die „unpolitischen" seine Wiederwahl abgelehnt haben. Herr Getz, der früher ein eifriger freisinniger Agitator war, hat schon vor Jahren dadurch unangenehmes Aufsehen erregt, daß er seine „Charlottenburger Zeitung" an den bekannten Oberoffizjosus, Kommissionsrath Pindter verkaufte und auf diese Weise konservativen Zwecken nutzbar machte; alleerdings mußte das Blatt sofort nach dem Tode des Herrn Pindter sein Erscheinen einstellen. Und hierzu ein Gegenstück: Die „gemäßigt liberale" Zeitung der Herren Ströhler und Buka wird in derselben Druckerei hergestellt, die bisher die konservative „Bürgerzeitung" druckte und verlegte, ein Unternehmen des früheren konservativen Stadtverordneten Krebs.

†† **Die „Mitternachtssonne" des Grundstücksspekulanten.** Ein komisches Mißverständniß ist einem Berliner Terrainspekulanten widerfahren, der einen westlichen Vorort an der Hamburger Eisenbahn, eine Meile hinter Spandau, als Feld seiner Thätigkeit gewählt hat. Um die zukünftige Villenkolonie, die auf dem bisher noch völlig unbebauten vom Spekulanten gekauften Gelände gegründet werden soll, jedermann in schönster Beleuchtung zu zeigen, hat er auf der nächsten Eisenbahnstation eine große Reklametafel aufstellen lassen, auf der das in Straßen getheilte Terrain von der aufgehenden Sonne beschienen wird. Die Sonne der Spekulanten geht nun aber, entgegen dem Naturgesetz, nicht im Osten, sondern im Norden auf. Dieser Irrthum ruft bei den Beschauern der Terraintafel natürlich große Heiterkeit hervor.

†† **Höhlenbewohner.** Seit etwa einer Woche wurde in der Umgebung der Schönholzer Haide über Diebstähle und groben Unfug aller Art geklagt, dessen Urheber mehrere junge Burschen sein sollten. Der Polizei ist es jetzt gelungen, den Schlupfwinkel der jugendlichen Strolche zu ermitteln. Sie hatten auf dem direkt am Walde gelegenen, eingezäunten Grundstück des Bankiers Hoffer, das dicht mit Baum- und Strauchwerk bewachsen ist, eine Höhle gegraben, in der sie sich häuslich eingerichtet hatten. Vier Gendarmen umstellten gestern die Höhle, doch scheinen deren Bewohner von ihrer Verfolgung Wind bekommen zu haben, denn das Nest war völlig leer. — Man braucht daraus nicht zu folgern, daß nun die Schönholzer Haide unweigerlich abgeholzt werden muß.

Der Konitzer Mord vor dem Berliner Gericht.

Zweiter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung theilt Landger.-Direktor Opitz die Gerichtsbeschlüsse über zwei von der Vertheidigung gestellten Anträge mit. Nach dem einen sollte der Geh. Ober-Reg.-Rath Naubach darüber vernommen werden daß er, als er zur Prüfung der ganzen Angelegenheit nach Konitz gegangen war, dort die Erklärung abgegeben habe: Die ganze Sache sei verfahren. Der zweite Antrag wünschte die Vernehmung des Fleischermeisters Hoffmann in Konitz darüber, daß er aus Anlaß der Anwesenheit des Angekl. Bruhn in Konitz diesen gebeten habe, daß er in der „Staatsbürger-Zeitung" seine Interessen wahrnehmen möge. — Der Gerichtshof hat diese Anträge abgelehnt, indem er die darin behaupteten Thatsachen als wahr unterstellte.

Als erster Zeuge wird

Bürgermeister Deditius,

Konitz vernommen. Er giebt eingehende Auskunft über seine nach Bekanntwerden des Verschwindens von Ernst Winter entwickelte polizeiliche Thätigkeit und die von ihm angeordneten Maßregeln, nachdem am 13. März 1900 Leichentheile unter dem Eise des Mönchfees an der Spüle in ein rothbraunes Packpapier eingewickelt aufgefunden worden waren. Am 15. März ist auf dem Friedhof der Arm Winters aufgefunden worden und zwar mußte er frisch hingelegt worden sein, denn er war ganz weich und nicht gefroren. Auf dem frisch gefallenen Schnee war eine Fußspur zu bemerken, die, wie festgestellt wurde, von einer weiblichen Person, oder aber von einem Manne mit sehr kleinen Füßen herrührte.

R.-A. Dr. Hahn stellt aus den Akten fest, daß bei Auffindung der Leichentheile auch noch ein größeres Stück Papier im Wasser gelegen habe, ohne daß die Polizeibeamten es für nöthig erachtet hätten, es herauszufischen. Der Zeuge erklärt, daß er später gehört habe, daß ein solches Stück Papier von den Polizeibeamten bemerkt worden sein soll.

Zeuge Deditius giebt weiter Auskunft über die angestellten Recherchen, die sich zunächst auf den etwaigen

weiblichen Umgang des Ermordeten

richteten. Sowohl von ärztlicher Seite, als auch von einem Fachmann sei die Ansicht ausgesprochen worden, daß der Zustand der Leichentheile auf die Thäterschaft eines Schlächters hinweise. Es seien eingehende Recherchen deshalb angestellt worden, woher das Packpapier stammen könnte. Es sei schließlich bei einem gewissen Plath ähnliches Papier vorgefunden worden, doch habe dieser sein Alibi einwandsfrei nachweisen können. Da auch der Verdacht geäußert worden sei, daß die Juden mit der Mordthat in Verbindung stehen könnten, habe eine zweimalige Durchsuchung der Synagoge stattgefunden, es sei aber nichts Verdächtiges gefunden worden. Auf eine Frage des R.-A. Dr. Hahn erwidert der Zeuge, daß er über den Armfund auf dem Kirchhofe ein Protokoll nicht habe aufnehmen können, da er erst zu spät hinzugerufen worden sei und der betreffende Polizeikommissar etwas zu eigenmächtig bei dieser Gelegenheit vorgegangen sei. Als Erläuterung setzt der Zeuge hinzu, daß er zu der fraglichen Zeit noch nicht sehr lange in Konitz war und noch nicht über allzu große Personalkenntniß verfügte. Der Polizeisekretär, auf den er sich hätte verlassen können, sei gestorben gewesen, und so habe er mit unzureichenden Hilfskräften arbeiten müssen.

Im Anschluß an diese Erörterungen erklärt R.-A. Dr. Hahn, daß er einen Aktenband, auf den Bezug genommen wurde, nicht kenne. Der Vorsitzende giebt hierauf die Auskunft, daß der Erste Staatsanwalt Schweiger nach seinem Amtsantritt die Akten nachträglich in größere Ordnung gebracht habe. — Auf Befragen des Staatsanw. Kanzow bekundet Bürgermeister Deditius, daß er angeordnet hatte, daß sämmtliche Personen, die sich etwa melden sollten, sofort zu vernehmen seien. Ferner habe er über alle in der Mordthat verhängten und ausgeführten polizeilichen Maßnahmen und Recherchen ein

ganz genaues Tagebuch

geführt, das nachträglich zu den Akten gegeben worden sei. Auf Antrag des Staatsanw. Kanzow und unter Widerspruch der Vertheidigung gelangen die Aufzeichnungen dieses Tagebuchs zur Verlesung. Sie zeigen, daß die polizeilichen Recherchen fortgesetzt nach allen Richtungen stattgefunden haben und auch der gegen Juden und speziell gegen Adolf Lewy erhobene Verdacht zu Erhebungen nach dieser Richtung hin geführt hat. Die Aussagen der einzelnen in dem Vorverfahren vernommenen Zeugen und die dabei gemachten Beobachtungen sind in dem Tagebuch sehr eingehend aufgezeichnet worden.

Zur Charakteristik des ermordeten Ernst Winter werden in dem Tagebuche die Aussagen zahlreicher Mitschüler und mehrerer weiblicher Personen wiedergegeben, wonach Ernst Winter in sittlicher Beziehung einen Lebenswandel geführt habe, der im Mißverhältniß zu seiner Jugend gestanden, und daß er wiederholt mit öffentlichen Dirnen verkehrt habe. An einer Stelle des Tagebuchs wird als

„Ergebniß der bisherigen Ermittelungen"

hingestellt: Der Leichnam ist in Ritualmord in der Synagoge spricht nur ein Angsischrei, der von zwei verschiedenen Parteien gehört worden ist. Der Verdacht gegen das Hoffmann'sche Haus kann als ganz beseitigt erscheinen, ebenso der Verdacht gegen das Lewy'sche Haus. Das Tagebuch stellt als möglich hin, daß Winter mit einem Frauenzimmer sich eingelassen haben und von einem Zuhälter, mit dem er Streit bekommen, getödtet sein könnte. Aus dem Tagebuch geht weiter hervor, daß 12 bis 14 beherzte Leute eine Nachtwache eingerichtet hatten, die die verschiedensten Punkte besetzten und sorgfältig auf etwa sich ereignende Vorgänge achteten, daß verschiedene Absuchungen des Mönchfee's stattgefunden haben und eine große Reihe von Angaben der verschiedensten Personen registrirt und weiter verfolgt worden sind.

Rechtsanwalt Dr. Hahn stellt fest, daß nach den Akten der Bürgermeister Deditius die Nachforschungen am Mönchfee geleitet habe und ihn doch die Verantwortung dafür treffe, daß das im Wasser schwimmende große Stück Packpapier unbeachtet geblieben ist. Ferner behauptet der Vertheidiger, daß infolge des Armfundes irgend welche aktenmäßige amtliche Maßregeln nicht stattgefunden haben. Nach den Akten habe sich im April 1900 eine Frau Müller wegen einer Belohnung an die Polizei gewandt und erst in dem gegen Zöraslski am 15. und 16. Juni geführten Prozeß sei der obiges Befund über den Arm festgelegt worden. — Der Zeuge Deditius erklärt nochmals, daß, als er Kenntniß von dem Armfunde erhalten, der Arm bereits zu den übrigen Leichentheilen nach dem Krankenhause geschafft gewesen sei. — Rechtsanwalt Dr. Hahn stellt ferner die Behauptung auf, daß

die Fußspuren auf dem Kirchhofe

in der Nähe des Ortes, wo der Arm gefunden wurde, nicht aufgenommen worden seien. — Rechtsanwalt Sonnenfeld, Justizrath Dr. v. Gordon und Staatsanwalt Kanzow bestreiten dies und Zeuge Deditius bekundet, daß, als ihm die Thatsache bekannt geworden, er die Fußspuren habe feststellen und messen lassen. — Bürgermeister Deditius erklärt auf Befragen, daß er allen Anregungen willig Folge gegeben habe. Er sei sogar soweit gegangen, daß man dem Ansuchen, sich mit der Psyche des verstorbenen Ernst Winter in Verbindung zu setzen, nachgekommen sei. Die betreffende Hellseherin habe Gelegenheit gehabt, ihre abenteuerlichen Weisheiten von sich zu geben. — Präs. Landgerichtsdirektor Opitz: Sie weisen also wohl den Vorwurf von sich, daß Sie ein Partriegenosse der Juden seien und alles, was die Juden belastete, mit Ausdrücken, wie „Quatsch" u. dergl. abgewiesen haben? — Zeuge Deditius: Das ist absolut unwahr. Ich habe in zahlreichen Fällen Gelegenheit gehabt, die Recherchen auch gegen die Juden zu führen, und ich habe ja auch die sorgfältige Durchsuchung der Synagoge angeordnet. Unter den vielen Angriffen, denen ich ausgesetzt worden bin, rührt mindestens der dritte Theil von jüdischer Seite her. Die jüdischen Einwohner hatten es mir übel genommen, daß die Synagoge durchsucht worden war. Es ist mir wie allen in dieser Sache thätigen Beamten gegangen; sie konnten machen, was sie wollten, sie hatten immer abfällige Kritiker auf der einen oder der anderen Seite. — Rechtsanwalt Dr. Hahn vermißt ein Protokoll über die Durchsuchung der „sämmtlichen Geschäfts- und Wohnräume" des Lewy. Er behaupte, daß die Durchsuchung in durchaus ungenügender Weise erfolgt sei. Der Schlächtermeister Lewy habe bei einer Aussage im Januar 1901 bekundet, daß bis dahin sein Schlachthaus überhaupt noch nicht durchsucht worden sei. Bei dem Mastloß-Prozeß habe sich auch herausgestellt, daß inzwischen die Räucherkammer des Lewy verändert worden sei und daß man bei der Durchsuchung in den Räucherkeller lediglich hineingelauchtet habe. — Der Zeuge erklärt, daß er bei den Haussuchungen seinen Leuten einen gewissen Spielraum lassen müsse und nicht in jedem einzelnen Falle dabei sein könne. Bei der Durchsuchung habe es sich in erster Linie um Recherchen nach dem Packpapier gehandelt.

Angeklagter Bruhn macht darauf aufmerksam, daß bei der Haussuchung vor dem Lewy'schen Schlafzimmer Halt gemacht worden sei, weil Frau Lewy krank gewesen sei. Dafür müsse doch der Bürgermeister Deditius als Polizeiverwalter verantwortlich gemacht werden. Der Angeklagte richtet eine Reihe von Fragen an den Zeugen, ob er in verschiedenen Fällen Mittheilungen und Anzeigen in der Winter'schen Mordsache mit Ausdrücken wie „Unsinn!", „Quatsch!" u. dergl. begleitet habe. Der Zeuge bestreitet dies. Bei einer Erwähnung des Polizeisergeanten Preuß bei dieser Auseinandersetzung erklärt der Zeuge u. a.: Polizeisergeant Preuß ist gerade derjenige gewesen, der den Verdacht auf Hoffmann, den er (Zeuge) selbst gar nicht getheilt habe, lenkte. Ich war erstaunt, daß er später ganz anders sprach. — Rechtsanwalt Sonnenfeld: Hierzu muß bemerkt werden, daß anderseits der Verdacht gegen den Plath von einem gewissen Gehrke erhoben worden sei. Dadurch werde das Märchen zerstört, daß Juden den Verdacht auf alle möglichen Personen gelenkt hätten, um ihre eigene Schuld zu bemänteln. — Rechtsanwalt Simons: Ist der Zeuge

ein Feind der Antisemiten-Bewegung?

Zeuge: Keineswegs. Ich bin in einer großen Provinzstadt gerade deshalb nicht gewählt worden, weil ich als Antisemit verschrien war. Ich bin weder Antisemit, noch Philosemit. — Rechtsanwalt Simons: Ist Ihnen bekannt, daß Sie in Strehlen den Spitznamen „Antisemitentödter" hatten? — Zeuge: Das habe ich erst aus der „Staatsbürger-Zeitung" erfahren, bisher war mir nichts davon bekannt. (Heiterkeit.) — Vertheidiger: Ist Ihnen bekannt, daß in Strehlen eine Bewegung gegen Sie bemerkbar war? — Zeuge: Nein. — Vertheidiger: Ist Ihnen bekannt, daß in Konitz eine Gegnerschaft gegen Sie besteht? — Zeuge: Der Bürgermeister einer kleinen Stadt, in dessen Person sich die verschiedensten Funktionen vereinigen, müßte ein Engel sein, wenn er nicht Gegner hätte. (Die Fortsetzung befindet sich im Hauptblatte.)

Verantwortlich für den politischen Theil Karl Vollrath, für das Feuilleton Rudolf Echo, für den übrigen redaktionellen Theil des Blattes Georg Siegerist, sämmtlich in Berlin.